

Corona-Krise: Evakuierung der Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln

***asylkoordination österreich* koordiniert dringenden Appell europäischer NGOs zur Evakuierung von Flüchtlingen von den griechischen Inseln in andere EU-Staaten**

Die *asylkoordination österreich* richtet, gemeinsam mit ca. 200 kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Österreich und aus ganz Europa, einen dringenden Appell an SpitzenpolitikerInnen der EU und den griechischen Regierungschef: „Wir fordern Sie unverzüglich zur Evakuierung der Flüchtlingslager und Hotspots auf den griechischen Inseln auf, um eine Katastrophe inmitten der Covid 19-Pandemie zu verhindern.“

„Auf den griechischen Inseln herrscht seit Monaten eine humanitäre Katastrophe, wir haben immer wieder eine Evakuierung und die Aufnahme von Schutzsuchenden in anderen Europäischen Länder gefordert, nun wird diese Evakuierung durch die Corona-Krise zum absoluten Muss. Es muss auch auf die Einhaltung der internationalen Konventionen durch die griechische Regierung bestanden werden, das Aussetzen des Asylverfahrens und die geplante Rückführung Schutzsuchender in die Türkei ist illegal“, betont *asylkoordination* Sprecher Lukas Gahleitner-Gertz .

Keinen Ausbruch des Corona-Virus in Kauf nehmen

„Hilfe vor Ort“ könne die Situation auf den Inseln nicht lösen und bei einem Ausbruch ist das Corona-Virus unter den gegebenen Umständen nicht einzudämmen. „Es wäre Wahnsinn hier einen massiven Ausbruch in Kauf zu nehmen und damit die Maßnahmen, die in ganz Europa zur Eindämmung des Virus getroffen wurden, zu kontrahieren“, gibt Gahleitner-Gertz zu bedenken.

Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung der EU-Mitgliedsstaaten, um Schutzsuchende zu evakuieren und in leerstehenden Quartieren in anderen EU-Ländern unterzubringen. Schutzsuchende sollten direkt in aufnahmebereite Länder ausgeflogen werden, dort zunächst in Quarantäne kommen und medizinisch und psychologisch betreut werden, während ihre Asylverfahren durchgeführt werden. „Griechenland kann das nicht alleine bewältigen, Österreich kann hier nicht tatenlos zusehen“, betont Gahleitner-Gertz

Menschenrecht auf Asyl muss weiter gelten

In ihrem Appell an die SpitzenpolitikerInnen der EU zeigen sich die unterzeichnenden Organisationen „aufgrund ihrer Erfahrung in der Betreuung und Beratung von geflüchteten Menschen sicher, dass die derzeitige Krise an den EU Außengrenzen im Rahmen der Möglichkeiten der EU bewältigbar“ ist.

Gleichzeitig verlangen die zivilgesellschaftlichen Organisationen die sofortige Wiederherstellung des Menschenrechts, Asyl zu suchen. „Dazu gehört die Entgegennahme und Behandlung von Asylanträgen in fairen Asylverfahren und die Nichtbestrafung von Grenzübertritten von Menschen, die Asylanträge stellen, sowie die vollständige Achtung des Non-Refoulement-Gebots, das derzeit durch rechtswidrige Pushbacks unterlaufen wird“, heißt es dazu wörtlich im Appell.

Rückfragen: Herbert Langthaler 01 5321291-12 Mobil: 0699 10 389 505